

neue Zulagen von 45 Pf. ab 1. Oktober und 29 Pf. ab 1. November pro Stunde. Während diese Abmachungen von den Unternehmern des gesamten Reiches sanktioniert wurden, glaubten die Pforzheimer als einzige eine Ausnahme machen zu müssen. Sie erhoben Einspruch, obwohl sie als Mitglieder des Unternehmerverbandes an die Erfüllung des von beiden Parteien anerkannten und gegenseitig geschlossenen Lohnabkommens gebunden waren. Die für den Monat Oktober fällige Lohnzulage wurde noch anfanglichem Hörgern ausbezahlt, anders dagegen mit der ab 1. November in Kraft tretenden Zulage. Diese wurde nur den Frauen bezahlt, den Männern aber nicht, was nichts anderes bedeutet, als daß die Pforzheimer Unternehmer die Frauen gegen die Männer auszuspielen beabsichtigen. Es liegt also ein Verhalten vor, das die Arbeiterschaft zum schärfsten Protest herausfordert. Den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft auf Erfüllung der tariflichen Verpflichtungen Rechnung tragend, wandte sich unsere Organisationsleitung beschwerdeführend an die Zentralleitung des Unternehmerverbandes.

Trotzdem die Leitung des Unternehmerverbandes klar zum Ausdruck brachte, daß auch sie nachdrücklich den Standpunkt der Tariffreiheit vertritt, hatten sich die Pforzheimer Prinzipale nicht dazu entschließen können, ihren tariflichen Verpflichtungen nachzukommen.

Eine am 8. November äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Etuis- und Kartonnagenbranche Pforzheims erklärte, sich das nun nicht länger gefallen zu lassen. Sie erwartete auf das Bestimmteste, daß in Pforzheim, ebenso wie es im übrigen ganzen Reich der Fall ist, der zwischen den Kontrahenten des Reichstarifvertrags für die Etuis- und Kartonnagenindustrie abgeschlossene Lohnvertrag restlos zur Durchführung komme. Sollte dies wider Erwarten nicht der Fall sein, behielt sich die Versammlung vor, sofort die ihnen geeignet erscheinenden Mittel zu ergreifen, um dem Vertrag Geltung zu verschaffen.

Die in dem Vertrag festgelegten Löhne sind aber durch die täglich, ja stündlich sich steigende Erhöhung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel bereits längst überholt. Die Versammlung erwartete deshalb, daß durch schnelligste zentrale Vereinbarung neuer Löhne, die dem gegenwärtigen Preisniveau angepaßt sind, der immer weiter um sich greifenden Verelendung der Arbeiterschaft unseres Bezirks Einhalt getan wird.

In geheimer Abstimmung entschied sich die Versammlung mit allen gegen eine Stimme für Arbeitsniederlegung an dem auf den Jahrtag folgenden Tag, wenn die Unternehmer den Vertrag nicht restlos zur Durchführung bringen.

Die Vereinigung Pforzheimer Etuis- und Kartonnagenfabrikanten teilten der Ortsverwaltung am andern Tag mit, daß die im letzten Lohnabkommen festgesetzten Lohnzulagen an die Etuisarbeiter bezahlt werden. Den Vorwurf eines Tarifbruches wies die Etuisfabrikanten zurück, denn nur unter Vorbehalt seien von ihrem Vertreter in Weimar die neuen Lohnsätze für die Etuisarbeiter angenommen worden.

Das Verhalten unserer Kollegenschaft hatte also vollen Erfolg und sie zieht daraus die Lehre, auch in Zukunft einig zu sein und dem Verband Treue zu bewahren.

Zahlfleckenkonferenz für das besetzte Antonsheimische Gebiet am 6. November. Um 10 1/2 Uhr eröffnete Gauleiter Kollege Dreger mit einer Begrüßung der erschienenen Kollegen und Gäste die Konferenz. Folgende Orte waren vertreten: Aachen, Bonn, Cleve, Düren, Köln, Krefeld, Kempen, Koblenz, Lobberich, Remscheid, Deft, Trier, Biersen. Als Vertreter des Buchdruckerverbandes in Köln war Kollege Löschner anwesend. Als Leiter der Verhandlungen wurden bestimmt Kollege Eidmann und Kollege Dechant-Köln. Der Bericht des Gauleiters Dreger schilderte die Verhältnisse in allen Orten des Gauwes von seinem Antonsheim an bis zur heutigen Zeit. Dreger betont hierbei, daß an allen Orten fleißig Agitation getrieben werden müsse. Leider habe er nicht immer dem Verlangen mancher Orte entsprechen können, da er neben seiner Gauleiterstätigkeit noch die Klassen- und sonstigen Geschäfte für die Zahlstelle Köln führen müsse.

Mit der Anstellung eines zweiten Beamten würde eine baldige Besserung dieses Zustandes erfolgen. Die Einführung der Reichstarife hat im besetzten Gebiet große Mißbilligung erregt, weil die Lohnsätze nicht den abnormen Verhältnissen entsprechen. Deshalb kam es zu besonderen Befehlszulagen für unsere Mitglieder in Buchdruckereien. Diese Zulagen sollen am 9. November in Eibersfeld und am 11. November in Köln mit dem deutschen Buchdruckerverein neu geregelt werden. Die Befehlszulage für die Kartonnagenbranche ist reichstariflich festgelegt. Dreger verlangt mehr Rührigkeit aller Zahlstellen, und das Zusammenarbeiten mit der Gauleitung möchte besser werden. Bei der Ortsklassenveränderung sei

er von vielen Orten sehr nachlässig mit den nötigen Unterlagen und Statistiken bedient worden.

Die Diskussion, bei welcher alle anwesenden Vertreter zum Wort kamen, gestaltete sich recht interessant. Die Ausführungen betrafen die Reichstarife, Befehlszulagen, Wirtschaftsbeteiligungen, Ortsklasseneinteilung, sowie das Zusammenarbeiten in den graphischen Kartells der einzelnen Orte. Besonders gerügt wurde, daß die Unternehmer die Ergebnisse der Reichstarifverhandlungen und die Erhöhungen der Befehlszulagen viel früher im Besitz haben als wir. (? D. Red.) Für die Folge wurde Abhilfe verlangt und vom Gauleiter versprochen. Ueber die örtliche Bewegung in Krefeld, die durch besondere Verhältnisse den Reichstarif für Kartonnagen wesentlich überholte, wurde eingehend berichtet. Für das besetzte Gebiet wurde Einreichung aller Orte in eine Ortsklasse verlangt. Verschiedene Orte berichteten von Hochkonjunktur. Die Zahlstelle Köln falle unter die Buchdruckerentlohnung, nur wenige Mitglieder bei Innungsmeistern unterstehen dem Reichstarif. Durch Zahlung einer Sonderzulage wurden auch hier die Buchdruckerlöhne annähernd erreicht. Kollege Löschner, Buchdrucker, besprach die Sonderzulagen, Wirtschaftsbeteiligungen, Ortsklasseneinteilung seines Verbandes und die graphischen Kartelle. Die Buchdrucker müßten die Bahndrucker sein, dann erst könnten die übrigen graphischen Berufe in der Lohnhöhe nachfolgen.

In seinem Schlußwort aing Kollege Dreger auf die Ausführungen der Diskussionsredner ein. Er verlangte im Gau bessere Agitation, wobei der zukünftige Beamte mithelfen werde. Überall im Gau müßten graphische Kartelle bestehen, die örtlich die Vorarbeiten zu dem in Karte zu ferner Zeit zu bildenden graphischen Industrieverband leisten.

Ueber den zweiten Punkt: „Die Tarifpolitik des Verbandes und die Lage im Rheinstadt“ referierte ebenfalls Dreger. Hinweisend auf die verschiedenen Branchen der Papierverarbeitung und die Vielseitigkeit unserer Berufe schilderte er die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen. Bei den „Api“-Verbänden haben wir allein mit 6 Unternehmergruppen zu arbeiten, wobei jede Gruppe ihre besonderen Interessen habe. Unsere Organisation wieder habe mit den vielen ungleichen und weichen Mitgliedern zu rechnen. Die Durchbildung unserer Mitglieder, besonders in der Kartonnagenbranche, lasse zu wünschen übrig. Die jetzigen Kassenverhältnisse seien unzulänglich. Ausführlich schilderte er die bisherigen Reichstarifverhandlungen mit den Unternehmern.

Eine rege Diskussion hierzu folgte ein. Kollege Löschner, Buchdrucker, betonte das Festhalten an den Reichstarifen und warnte vor örtlichem Vorgehen. Die Vertreter von Krefeld erklärten sich als Gegner des Reichstarifs, da Krefeld durch diese in eine üble Lage komme. Der Vertreter von Trier verlangt von der Gauleitung sofortige Mitteilung an alle Gauorte über die Ergebnisse der Verhandlungen. Der Gauleiter ist bereit, diesem Verlangen nachzukommen. Der Koblenzer Vertreter verlangt mehr Beweglichkeit der Reichstarife. Die Vertreter aus den Orten Aachen, Trier, Köln, Koblenz und Krefeld berichten über das drohende wirtschaftliche Elend, entstanden durch die Maßnahmen der Ausländer in diesen Orten. Die Folge sei, daß mit den jetzigen Löhnen nicht auszukommen sei. Für das besetzte Gebiet schlägt ein Vertreter von Aachen die Herausgabe eines Mitteilungsblattes vor, wozu ein Kölner Vertreter die nötigen Mittel fordert. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 6. November in Köln tagende Zahlstellenkonferenz des Antonsheimischen Gauwes hat sich unbedingt an den Boden des Reichstarifs. Sie fordert aber eine größere Beweglichkeit desselben. Ferner ist das Antonsheimische Gebiet, welches am meisten unter den Folgen der Befestigung und des Ausverkaufs zu leiden hat, bei der Festlegung der Löhne besonders zu berücksichtigen. Der Verbandsvorstand muß uns unbedingt unterstützen in der Forderung auf eine Befehlszulage, die das notwendige Existenzminimum gewährt. Der Zentralvorstand wird ersucht, sofort einen Vertreter nach dem besetzten Gebiet zu entsenden, der unsere Berufsverhältnisse an Ort und Stelle feststellt.“

In seinem Schlußwort stellt Dreger verschiedene Vorwürfe gegen den Tarifauschuß richtig. Die Schaffung eines Mitteilungsblattes für unseren Gau wird vorbereitet. Dem Verlangen, die Befehlszulagen einheitlich zu gestalten, soll entsprochen werden. Die erhobenen Angriffe gegen den Reichstarif weist er zurück.

Unter „Verschiedenes“ wird auf die am 1. Januar 1922 in Kraft tretende Beitragserhöhung hingewiesen. Die Reichslisten für die Vertretung aus Trier werden auf die Gaukasse übernommen. Der Gauleiter verlangt regelmäßige Quartalsabrechnung der Gaubeiträge. Die bisherigen Gauvorsitzungsmitglieder Zimmermann und Dechant sollen bis zum nächsten Gau-tag in Funktion bleiben.

## Rundschau.

Der internationale Gewerkschaftsbund hielt am 22. und 23. Oktober in Genf eine Vorstandssitzung ab, an der Vertreter aller Länder Europas teilnahmen, soweit sie zum Bund gehören, außerdem ein Vertreter von Südafrika. Der Vorstand gab seine Zustimmung zu den vom Bureau zur russischen Hilfsaktion getroffenen Maßnahmen. Zwischen dem Bund und dem russischen Roten Kreuz kam eine Vereinbarung zustande, welche die größte Gewähr bietet, daß alle von gewerkschaftlicher Seite ausgehenden Hilfeleistungen ausschließlich und in vollem Umfang den Notleidenden Russlands zugute kommen werden. Es wurde beschlossen, in Russland selbst Kinderkasse zu errichten, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund geleitet und völlig unterhalten werden sollen. Zu diesem Zwecke wird der Bund in Petersburg ein Bureau errichten, von dem aus die ganze Hilfsaktion für Russland geleitet werden wird. Die Einrichtung des Bureaus sowie die Schaffung eines Heims für 1000 Kinder soll raschestens in Angriff genommen werden. Weiter wurde beschlossen, ein vom Internationalen Gewerkschaftsbund angekauftes Quantum von Rebittamenten im Werte von mehr als 60 000 holländischen Gulden der Internationalen Organisation des Roten Kreuzes zur Verfügung zu stellen. Schließlich wurde beschlossen, einen neuerlichen Aufruf an die Arbeiter aller Länder zu richten, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund unternommene russische Hilfsaktion energisch zu unterstützen.

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund den gewerkschaftlichen Organisationen verschiedener Länder gewährte Unterstützung fand gleichfalls Zustimmung. Auf Vorschlag des Bureaus wurde beschlossen, auch die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen lettischen Gewerkschaftsorganisationen materiell zu unterstützen.

In ausführlicher Weise beschäftigte sich der Vorstand auch mit der amerikanischen Gewerkschaftsorganisation (American Federation of Labor), die sich bisher, obgleich sie seinerzeit an den Beratungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam teilnahm, nicht dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen hat. Der Vorstand billigte die vom Bureau gegenüber der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung eingenommene Haltung, er erklärte sich jedoch bereit, auch weiterhin zu trachten, die in Amerika infolge der unzureichenden Kenntnis der internationalen Gewerkschaftsbewegung Europas allenthalben vorherrschenden unrichtigen Auffassungen zu widerlegen und aus dem Wege zu räumen. Das Sekretariat wurde beauftragt, sich nochmals an die American Federation of Labor zu wenden und zu versuchen, durch persönliche Fühlungnahme mit dem Gesamtvorstand der amerikanischen Organisation den Weg zu ebnen, um den Anschluß der amerikanischen Arbeiter an den Internationalen Gewerkschaftsbund zu veranlassen.

Mit Bezug auf das von der American Federation of Labor an die Landeszentralen von Frankreich, England und Italien gerichtete Schreiben, in dem diese ersucht wurden, bei ihren Regierungen darauf zu dringen, daß den zur sogenannten Abrüstungskonferenz in Washington delegierten offiziellen Regierungsvertretern auch Arbeiterdelegierte beigegeben werden, beschloß der Vorstand auf Vorschlag des Bureaus und der drei genannten Landeszentralen und in Uebereinstimmung mit ihnen, dieser Einladung nicht Folge zu leisten. Der Vorstand gab einstimmig seine Meinung dahin zu erkennen, daß die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen nur an solchen internationalen Konferenzen teilnehmen können, die wirklich allgemein und international sind. Der Vorstand gab zudem einstimmig die Meinung Ausdruck, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes die einzige Instanz ist, die berechtigt ist, allgemeine internationale Konferenzen einzuberufen und die angeschlossenen Landeszentralen ausschließlich Einladungen, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund ausgehen, Folge leisten können.

Das Bureau berichtet sodann über seine Vorbereitungsarbeiten für die zum 15. November in Amsterdam einberufene Internationale Konferenz des Bureaus der Gewerkschaftsinternationale mit den Vertretern der Internationalen Berufsssekretariate der Transportarbeiter, Metallarbeiter und Bergleute zwecks gemeinsamer Beratung der Abrüstungsfrage.

Der Internationale Kongress wird am 20. April 1922 und folgende Tage in Rom stattfinden. Diesen Beratungen wird sich ein Internationaler Kongress von Vertretern aller auf dem Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes stehenden internationalen Berufsssekretariate anschließen. Des weiteren entspann sich noch eine ausführliche Diskussion über die zunehmende Reaktion und die hiermit zusammenhängende Verfolgung der Arbeiterbewegung. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt. Aus Anlaß der Beurteilung der Arbeiter Sacco und Van-

Die Parteien vereinbaren ausdrücklich, daß Verhandlungen über eine Sonderzulage für das rheinische besetzte und angrenzende Gebiet künftig nur zusammen mit den zentralen Tarifverhandlungen geführt werden.

In Hagen wird am Montag, den 21. d. M. die Arbeit wieder aufgenommen.

Die beiderseitigen Zentralvorstände empfehlen den Herren Arbeitgebern, den Lehrlingen einen angemessenen Teil der heute beschlossenen Zulage auch zukommen zu lassen. Da, wo die Lehrlinge schon nach dem Buchdrucker-Tarif entlohnt werden, verbleibt es dabei.

Alle bisher gezahlten Sonderzulagen fallen mit Wirkung von der ersten Novemberwoche fort.

### Jur Anerkennung unseres Reichstarifs durch die bayerischen Innungen.

Das vom Landeseinigungsamt beim Ministerium für soziale Fürsorge eingesehene Schiedsgericht hat am 17. November nach Verhandlungen mit den Parteien und nach geheimer Beratung folgenden Schieds-spruch gefällt:

„Der Reichstarifvertrag für das deutsche Buchbinder-gewerbe und verwandte Berufszweige vom 1. Juli 1921 nebst Änderungen vom 4. September 1921 hat für Bayern rechts des Rheins ab 15. November 1921 Anwendung zu finden.

Den Parteien wird anheimgegeben, über Annahme oder Ablehnung des gefällten Schiedspruchs dem Ministerium für soziale Fürsorge bis 25. November 1921 zu berichten.“

### Die Forderungen der Gewerkschaften.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes, die bereits gegen die vom Reichsverband der deutschen Industrie in der Frage der Kredithilfe gefassten Beschlüsse scharfen Protest eingelegt hatten, sind bei ihren weiteren Beratungen am 15. November zu dem Ergebnis gelangt, daß bei dem wachsenden Finanzelend des Reiches und der damit verbundenen unerträglichen Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel von der Reichsregierung unannehmlich unverzüglich ein gesetzgeberisches Eingreifen verlangt werden muß. Von diesen Erwägungen ausgehend fordern sie von der Reichsregierung und dem Reichstag zur Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen und zum Ausgleich des inneren Haushalts des Reichs die beschleunigte Beschlußfassung über folgende gesetzgeberische Maßnahmen:

1. Beteiligung des Reichs an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Proz. ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Ertragsanteile der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendigste.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Beitrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Proz. hinter ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamts den Rest mit 5 Proz. Zinsen abzu-

führen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Proz. zu zahlen. Die Umsatztsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.

9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen und Effektengeschäfte erzielten Gewinne.

10. Kontrolle der wirtschaftlichen Monopole.

Die auf eine Ueberleitung der Reichseisenbahn und anderer Reichsbetriebe in privatwirtschaftliche Hände hinielenen Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie sind mit einer programmatischen Erklärung beantwortet worden, die in zehn Punkten diejenigen Vorschläge zusammenfaßt, die von den Arbeitern und Angestellten für eine Wiederherstellung des inneren Haushalts des Reiches und zur Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen gemacht werden. Die Spitzen unserer Organisationen waren durch die Erklärung der Industriellen sozusagen in Juggzwang verfaßt, sie haben deshalb in ihr Mindestprogramm Forderungen aufnehmen müssen, über deren Durchführung in den Arbeiterparteien die Meinungen noch sehr geteilt sind. Andererseits aber mußten Maßnahmen gefordert werden, die eigentlich schon post festum kommen und die bei richtiger Anwendung schon längst das Reich vor der schlimmen Lage hätten bewahren können, in die es nunmehr geraten ist.

Eine schärfere Besteuerung der durch Devisen und Effektengeschäfte erzielten Gewinne, insbesondere die Erfassung der hohen Bezugsrechte, die doch weiter nichts sind als eine neue Form der Gewinnverteilung der Aktiengesellschaften, wurde schon vor Jahr und Tag gefordert. Es ist kein besonders gutes Zeichen für die Gesetzesmacher unserer Zeit, daß bis zum heutigen Tage nur Vorschläge und Entwürfe, aber keine fertigen Gesetze vorliegen. Die Unsummen, die in den Jahren 1920 und 1921 durch Börsenspekulationen verdient worden sind, werden nur teilweise nachträglich durch Einkommensteuer usw. zu erfassen sein. Das Devisengeschäft wie die Spekulation am Wertpapiermarkt haben vorläufig einen gewissen Höhepunkt überschritten. Viele Milliarden sind verdient und wohl auch schon ins Ausland verschoben worden.

Die sofortige Einziehung der bisherigen Steuern ist eine ganz selbstverständliche Sache. Der Arbeiter, der sich im Jahre 1920 und 1921 Monat für Monat den Zehnten von seinem Lohn abziehen ließ, zahlte keine Steuern noch in einer Papiermark, die sechs bis vier Friedenspfennige wert war, der Kapitalist, der in diesen Tagen erst erfahren hat, wieviel er dem Staate noch an Steuern schuldet, zahlt in einer Währung, deren Papiermark noch nicht einmal die Kaufkraft von zwei Friedenspfennigen hat. Er kommt also bedeutend billiger davon als der Arbeiter und hat außerdem den Vorteil eines Reichskredits ungefähr ein Jahr lang genossen. Wir hätten uns die augenblickliche Zuspitzung der finanziellen Lage des Reiches und die schweren sozialen Kämpfe des kommenden Winters sparen können, wenn rechtzeitig diejenigen Steuern eingezogen worden wären, die auf Grund der bisherigen Gesetze zu zahlen waren. Die Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole, die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers, die Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne, die schärfste Erfassung der Exportdevisen und die Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige sind Forderungen, über deren Selbstverständlichkeit kein Wort zu verlieren ist.

Wenn alle Kraft der wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter und Angestellten auf schnellste Durchführung des Programms konzentriert und der Besteuerung der Bezugsrechte und Spekulationsgewinne wenigstens für das laufende Jahr rückwirkende Kraft beigelegt würde, dann könnten damit derartig bedeutende Summen sofort freigemacht werden, daß die Notlage des Reichs fürs erste behoben wäre. Unsere Lage ist schlimmer als die eines kriegführenden Staates, und es darf daher vor scharfen Maßnahmen nicht zurückgeschreckt werden, sofern sich diese als notwendig und zweckmäßig erweisen.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten, sowie die zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Mindestprogramm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entfalten.

### Berichte.

**Darmen-Elsfeld.** Am 10. November fand hier eine äußerst stark besuchte Versammlung der Buchbinderarbeiter und -arbeiterrinnen statt. Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde schnell erledigt. Dann referierte Kollege Koznader-Hannover über den „Reichstarif und das Lohnabkommen in Weimar“. Er wies einleitend darauf hin, daß in der Vorkriegszeit der Bericht über eine Erhöhung der Tariflöhne fast stets mit Beifall aufgenommen wurde. Das kam daher, daß damals stabile Verhältnisse waren und jede Lohnerhöhung eine Verbesserung der Lebenshaltung bedeutete, die freudig empfunden wurde. Das hat sich sehr geändert und jetzt werden Verhandlungsberichte meistens Anlaß zu verbrießlichen Auseinandersetzungen und stürmischen Versammlungen. Das hat seine Ursache in der rapiden Aufwärtsbewegung der Preise, hervorgerufen durch die Entwertung des Geldes und der wilden Spekulation. Infolgedessen bleiben die Lohnerhöhungen immer hinter der Aufwärtsbewegung der Erhaltungskosten zurück. Redner gab sodann einen kurzen Ausblick über die Entwicklung des Reichstarifs. Er schilderte die Gründe, die den Tarifauschuss veranlaßten, am Reichstarif festzuhalten, auch dann, als es infolge schlechter Konjunktur nicht möglich war, bei den Lohnverhandlungen das zu erreichen, was nötig gewesen wäre. Zum Schluß gab er ein Resümee unserer Tarifpolitik und empfahl, an derselben festzuhalten. (Beifall.)

Am Anschluß daran gab Kollege Groenhoff einen Bericht über die Verhandlungen über die Sonderzulagen für das rechtsrheinische Gebiet, die am Tage vorher in Elberfeld stattgefunden hatten. Er gab dann ein Bild der Verhandlungen selbst, dessen letzte Ergebnisse waren, daß unsere Vertreter dieselben Forderungen hochhielten, welche bereits durch das Kölner Abkommen vom 11. Oktober für die Buchdruckerbuchbinder bewilligt wurde. Das sind die gleichen Sonderzulagen, wie sie die Buchdrucker im Kreis II bekommen. Die Arbeitgebervertreter hatten 95 Pf. für Ledige, 105 Pf. für Verheiratete und 40 Pf. für Arbeiterinnen geboten. Da dieses Angebot unannehmbar erschien, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Groenhoff behauptete, daß die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt hätten, da nun die Gefahr besteht, daß überhaupt kein Bezirksabschluss zustande kommt. Man müsse zunächst das Ergebnis der Kölner Verhandlungen mit den „Api-Verbänden“ am 11. November abwarten.

In diesen Bericht schloß sich eine lebhafteste Aussprache, die einen recht heftigen Charakter annahm und Anträge von ultimativem Charakter zeigten. Die Versammlung nahm schließlich einen Beschluß an, der die Verwaltung beauftragt, sofort neue Verhandlungen auf totaler Grundlage herbeizuführen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten und nach einigen kurzen Schlussbemerkungen des Vorsitzenden fand die Versammlung ihren Abschluß.

**München.** Die gewaltige neue Teuerungswelle gab der Münchener Kartonnagenarbeiter-Vereinigung anläßlich zu der am 15. November stattgefundenen gutbesuchten Brancherversammlung. Kollege Müller referierte über „Die fortschreitende Teuerung und die Kartonnagenarbeiter-Vereinigung“. Die Versammlung forderte gegenüber der gewaltigen Verteuerung aller notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel eine den Zeitverhältnissen entsprechende ausreichende Erhöhung der Löhne. Eine solche ausreichende Erhöhung sieht die Münchener Kartonnagenarbeiter-Vereinigung jedoch nicht darin, daß auf die zurzeit bestehenden Lohnsätze nur geringe Zuschläge kommen. Vielmehr forderte die Versammlung die restlose Berücksichtigung der Preise für die notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel im Verhältnis zu den Friedenspreisen bzw. Friedensentlohnung. Nur wenn auf dieser Grundlage eine Neuregelung der Entlohnung der Kartonnagenarbeiter-Vereinigung zustande kommt, kann dies als der notwendige Ausgleich anerkannt werden. Die auch der Arbeiter-Vereinigung bekannten Preise für die Ergebnisse der Kartonnagenindustrie ermöglichen es sehr wohl, der Arbeiter-Vereinigung den entsprechenden Anteil in Form einer zeitensprechenden Entlohnung zu gewähren.

**Pforzheim.** Seit Frühjahr v. J. ist der Reichstarif abgeschlossen worden, der die gesetzliche Grundlage für die zwischen beiden Kontrahenten getroffenen Abmachungen bildet. Die mit jedem Tag neue Teuerungen bringende Zeitperiode macht den Abschluß von Lohnabkommen für eine längere Dauer unmöglich. Der letzte Lohnvertrag kam am 29. September zum Abschluß. Dieser brachte für Pforzheim



neue Zulagen von 45 Pf. ab 1. Oktober und 20 Pf. ab 1. November pro Stunde. Während diese Abmachungen von den Unternehmern des gesamten Reiches sanktioniert wurden, glaubten die Porzheimer als einzige eine Ausnahme machen zu müssen. Sie erhoben Einspruch, obwohl sie als Mitglieder des Unternehmerverbandes an die Erfüllung des von beiden Parteien anerkannten und gegengezeichneten Lohnabkommens gebunden waren. Die für den Monat Oktober fällige Lohnzulage wurde nach anfänglichem Högerm ausbezahlt, anders dagegen mit der ab 1. November in Kraft tretenden Zulage. Diese wurde nur den Frauen bezahlt, den Männern aber nicht, was nichts anderes bedeutet, als daß die Porzheimer Unternehmer die Frauen gegen die Männer auszuspielen beabsichtigen. Es liegt also ein Verhalten vor, das die Arbeiterschaft zum schärfsten Protest herausfordert. Den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft auf Erfüllung der tariflichen Verpflichtungen Rechnung tragend, wandte sich unsere Organisationsleitung beschwerbeführend an die Zentralleitung des Unternehmerverbandes.

Trotzdem die Leitung des Unternehmerverbandes klar zum Ausdruck brachte, daß auch sie nachdrücklich den Standpunkt der Tarifstreue vertritt, hatten sich die Porzheimer Prinzipale nicht dazu entschließen können, ihren tariflichen Verpflichtungen nachzukommen.

Eine am 8. November äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Etuis- und Kartonnagenbranche Porzheim erklärte, sich das nun nicht länger gefallen zu lassen. Sie erwartete auf das Bestimmteste, daß in Porzheim, ebenso wie es im übrigen ganzen Reich der Fall ist, der zwischen den Kontrahenten des Reichstarifvertrags für die Etuis- und Kartonnagenindustrie abgeschlossene Lohnvertrag restlos zur Durchführung komme. Sollte dies wieder Erwarten nicht der Fall sein, befehlt sich die Versammlung vor, sofort die ihnen geeignet erscheinenden Mittel zu ergreifen, um dem Vertrag Geltung zu verschaffen.

Die in dem Vertrag festgelegten Löhne sind aber durch die tägliche, ja stündlich sich steigende Erhöhung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel bereits längst überholt. Die Versammlung erwartete deshalb, daß durch schleunigste zentrale Vereinbarung neuer Löhne, die dem gegenwärtigen Preisniveau angepaßt sind, der immer weiter um sich greifenden Verelendung der Arbeiterschaft unseres Berufs Einhalt getan wird.

In geheimer Abstimmung entschied sich die Versammlung mit allen gegen eine Stimme für Arbeitsniederlegung an dem auf den Samstag folgenden Tag, wenn die Unternehmer den Vertrag nicht restlos zur Durchführung bringen.

Die Vereinigung Porzheimer Etuis- und Kartonnagenfabrikanten teilten der Ortsverwaltung am anderen Tage mit, daß die im letzten Lohnabkommen festgelegten Lohnzulagen an die Etuisarbeiter bezahlt werden. Den Vorwurf eines Tarifbruches weisen die Eisfabrikanten zurück, denn nur unter Vorbehalt seien von ihrem Vertreter in Weimar die neuen Lohnsätze für die Etuisarbeiter angenommen worden.

Das Verhalten unserer Kollegenschaft hatte also vollen Erfolg und sie zieht daraus die Lehre, auch in Zukunft einig zu sein und dem Verband Treue zu bewahren.

Zahlsstellenskonferenz für das besetzte Innerschweidnische Gebiet am 8. November. Um 10 1/2 Uhr eröffnete Gauleiter Kollege Dreger mit einer Begrüßung der erschienenen Kollegen und Gäste die Konferenz. Folgende Orte waren vertreten: Aachen, Bonn, Cleve, Düren, Köln, Krefeld, Kempen, Koblenz, Kobberich, Neuwied, Oebf, Trier, Wierfen. Als Vertreter des Buchdruckerverbandes in Köln war Kollege Böschner anwesend. Als Leiter der Verhandlungen wurden bestimmt Kollege Eidmann und Kollege Dechant-Köln. Der Bericht des Gauleiters Dreger schilderte die Verhältnisse in allen Orten des Gauces von seinem Amtsantritt an bis zur heutigen Zeit. Dreger betont hierbei, daß an allen Orten fleißig Agitation getrieben werden müsse. Leider habe er nicht immer dem Verlangen anderer Orte entsprechen können, da er neben seiner Gauleiterstätigkeit noch die Klassen- und sonstigen Geschäfte für die Zahlsstelle Köln führen müsse.

Mit der Anstellung eines zweiten Beamten würde eine baldige Besserung dieses Zustandes erfolgen. Die Einführung der Reichstarife hat im besetzten Gebiet große Mißbilligung erweckt, weil die Lohnsätze nicht den abnormen Wirtschaftsverhältnissen entsprechen. Deshalb kam es zu besonderen Befugungszulagen für unsere Mitglieder in Buchdruckereien. Diese Zulagen sollen am 9. November in Eibersfeld und am 11. November in Köln mit dem deutschen Buchdruckerverein neu geregelt werden. Die Befugungszulage für die Kartonnagenbranche ist reichstariflich festgelegt. Dreger verlangt mehr Rührigkeit aller Zahlsstellen, und das Zusammenarbeiten mit der Gauleitung möchte besser werden. Bei der Ortsklassenveränderung sei

er von vielen Orten sehr nachlässig mit den nötigen Unterlagen und Statistiken bedient worden.

Die Diskussion, bei welcher alle anwesenden Vertreter zum Wort kamen, gestaltete sich recht interessant. Die Ausführungen betrafen die Reichstarife, Befugungszulagen, Wirtschaftsverhältnisse, Ortsklasseneinteilung, sowie das Zusammenarbeiten in den graphischen Kartells der einzelnen Orte. Besonders gerügt wurde, daß die Unternehmer die Ergebnisse der Reichstarifverhandlungen und die Erhöhungen der Befugungszulagen viel früher im Besitze haben als wir. (? D. Red.) Für die Folge wurde Abhilfe verlangt und vom Gauleiter versprochen. Ueber die örtliche Bewegung in Krefeld, die durch besondere Verhältnisse den Reichstarif für Kartonnagen wesentlich überhoite, wurde eingehend berichtet. Für das besetzte Gebiet wurde Einteilung aller Orte in eine Ortsklasse verlangt. Verschiedene Orte berichteten von Hochkonjunktur. Die Zahlsstelle Köln sollte unter die Buchdruckerentlohnung, nur wenige Mitglieder bei Innungsmeistern unterstehen dem Reichstarif. Durch Zahlung einer Sonderzulage würden auch hier die Buchdruckerlöhne annähernd erreicht. Kollege Böschner, Buchdrucker, besprach die Sonderzulagen, Wirtschaftsverhältnisse, Ortsklasseneinteilung seines Verbandes und die graphischen Kartelle. Die Buchdrucker müßten die Bahnbrecher sein, dann erst könnten die übrigen graphischen Berufe in der Lohnhöhe nachfolgen.

In seinem Schlusswort aing Kollege Dreger auf die Ausführungen der Diskussionsredner ein. Er verlangte im Gau bessere Agitation, wobei der zukünftige Beamte mithelfen werde. Ueberall im Gau müßten graphische Kartelle bestehen, die örtlich die Vorarbeiten zu dem in nicht zu ferner Zeit zu bildenden graphischen Industrieverband leisten.

Ueber den zweiten Punkt: „Die Tarifpolitik des Verbandes und die Lage im Rheinland“ referierte ebenfalls Dreger. Hinweisend auf die verschiedenen Branchen der Papierverarbeitung und die Vielseitigkeit unserer Berufe schildert er die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen. Bei den „Api“-Verbänden haben wir allein mit 6 Unternehmergruppen zu arbeiten, wobei jede Gruppe ihre besonderen Interessen habe. Unsere Organisation wieder habe mit den vielen ungetarnten und weißlichen Mitgliedern zu rechnen. Die Durchbildung unserer Mitglieder, besonders in der Kartonnagenbranche, lasse zu wünschen übrig. Die jetzigen Klassenverhältnisse seien unzulänglich. Ausführlich schildert er die bisherigen Reichstarifverhandlungen mit den Unternehmern.

Eine rege Diskussion hierzu setzte ein. Kollege Böschner, Buchdrucker, betonte das Festhalten an den Reichstarifen und warnte vor örtlichem Vorgehen. Die Vertreter von Krefeld erklärten sich als Gegner des Reichstarifs, da Krefeld durch diese in eine üble Lage komme. Der Vertreter von Trier verlangt von der Gauleitung sofortige Mitteilung an alle Gauorte über die Ergebnisse der Verhandlungen. Der Gauleiter ist bereit, diesem Verlangen nachzukommen. Der Koblenzer Vertreter verlangt mehr Beweglichkeit der Reichstarife. Die Vertreter aus den Orten Aachen, Trier, Köln, Koblenz und Krefeld berichten über das proste wirtschaftliche Elend, entstanden durch die Massenflucht der Ausländer in diesen Orten. Die Folge sei, daß mit den jetzigen Löhnen nicht auszukommen sei. Für das besetzte Gebiet schlägt ein Vertreter von Aachen die Herausgabe eines Mitteilungsblattes vor, wozu ein Kölner Vertreter die nötigen Mittel fordert. Folgende Entschliebung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 8. November in Köln tagende Zahlsstellenskonferenz des Innerschweidnischen Gauces stellt sich unbedingt auf den Boden des Reichstarifs. Sie fordert aber eine größere Beweglichkeit desselben. Ferner ist das Innerschweidnische Gebiet, welches am meisten unter den Folgen der Befugung und des Ausverkaufes zu leiden hat, bei der Festlegung der Löhne besonders zu berücksichtigen. Der Verbandsvorstand muß uns unbedingt unterstützen in der Forderung auf eine Befugungszulage, die das notwendige Existenzminimum gewährt. Der Zentralvorstand wird ersucht, sofort einen Vertreter nach dem besetzten Gebiet zu entsenden, der unsere Berufsverhältnisse an Ort und Stelle feststellt.“

In seinem Schlusswort stellt Dreger verschiedene Vorwürfe gegen den Tarifauschuß richtig. Die Schaffung eines Mitteilungsblattes für unseren Gau wird vorbereitet. Dem Verlangen, die Befugungszulagen einheitlich zu gestalten, soll entsprochen werden. Die erhobenen Angriffe gegen den Reichstarif weist er zurück.

Unter „Verschiedenes“ wird auf die am 1. Januar 1922 in Kraft tretende Beitragserhöhung hingewiesen. Die Reisefloßen für die Vertretung aus Trier werden auf die Gaukasse übernommen. Der Gauleiter verlangt regelmäßige Quartalsabrechnung der Gaubeiträge. Die bisherigen Gauvorstandsmitglieder Zimmermann und Dechant sollen bis zum nächsten Gaugtag in Funktion bleiben.

### Rundschau.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hielt am 22. und 23. Oktober in Genf eine Vorlandssitzung ab, an der Vertreter aller Länder Europas teilnahmen, soweit sie zum Bund gehören, außerdem ein Vertreter von Südarita. Der Vorstand gab seine Zustimmung zu den vom Bureau zur russischen Hilfsaktion getroffenen Maßnahmen. Zwischen dem Bund und dem Allrussischen Roten Kreuz kam eine Vereinbarung zustande, welche die größte Gewähr bietet, daß alle von gewerkschaftlicher Seite ausgehenden Hilfeleistungen ausschließlich und in vollem Umfang den Notleidenden Russlands zugute kommen werden. Es wurde beschlossen, in Rußland selbst K i n d e r h e i m e zu errichten, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund geleitet und völlig unterhalten werden sollen. Zu diesem Zwecke wird der Bund in Petersburg ein Bureau errichten, von dem aus die ganze Hilfsaktion für Rußland geleitet werden wird. Die Einrichtung des Bureaus sowie die Schaffung eines Heims für 1000 Kinder soll raschstens in Angriff genommen werden. Weiter wurde beschlossen, ein vom Internationalen Gewerkschaftsbund angekauftes Quantum von Kreditantenn im Werte von mehr als 60000 holländischen Gulden der Internationalen Organisation des Roten Kreuzes zur Verfügung zu stellen. Schließlich wurde beschlossen, einen neuerlichen Aufruf an die Arbeiter aller Länder zu richten, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund unternommene russische Hilfsaktion energisch zu unterstützen.

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund den Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Länder gewährte Unterstützung fand gleichfalls Zustimmung. Auf Vorschlag des Bureaus wurde beschlossen, auch die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen lettischen Gewerkschaftsorganisationen materiell zu unterstützen.

Am ausführlicher Weise beschäftigte sich der Vorstand auch mit der amerikanischen Gewerkschaftsorganisation (American Federation of Labor), die sich bisher, obgleich sie seinerzeit an den Beratungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam teilnahm, nicht dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen hat. Der Vorstand billigte die vom Bureau gegenüber der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung eingenommene Haltung, er erklärte sich jedoch bereit, auch weiterhin zu trachten, die in Amerika infolge der unzureichenden Kenntnis der internationalen Gewerkschaftsbewegung Europas allenthalben vorherrschenden unrichtigen Auffassungen zu widerlegen und aus dem Wege zu räumen. Das Sekretariat wurde beauftragt, sich nochmals an die American Federation of Labor zu wenden und zu versuchen, durch persönliche Fühlungnahme mit dem Gesamtvorstand der amerikanischen Organisation den Weg zu ebnen, um den Einfluß der amerikanischen Arbeiter an den Internationalen Gewerkschaftsbund zu veranlassen.

Mit Bezug auf das von der American Federation of Labor an die Landeszentralen von Frankreich, England und Italien gerichtete Schreiben, in dem diese ersucht wurden, bei ihren Regierungen darauf zu dringen, daß den zur sogenannten Abrüstungskonferenz in Washington delegierten offiziellen Regierungsvertretern auch Arbeiterdelegierte beigegeben werden, beschloß der Vorstand auf Vorschlag des Bureaus und der drei genannten Landeszentralen und in Uebereinstimmung mit ihnen, dieser Einladung nicht Folge zu leisten. Der Vorstand gab einstimmig seine Meinung dahin zu erkennen, daß die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen nur an solchen internationalen Konferenzen teilnehmen können, die wirklich allgemein und international sind. Der Vorstand gab zudem einstimmig der Meinung Ausdruck, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes die einzige Instanz ist, die berechtigt ist, allgemeine internationale Konferenzen einzuberufen und die angeschlossenen Landeszentralen ausschließlich Einladungen, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund ausgehen, Folge leisten können.

Das Bureau berichtet sodann über seine Vorbereitungsarbeiten für die zum 15. November in Amsterdam einberufene Internationale Konferenz des Bureaus der Gewerkschaftsinternationale mit den Vertretern der Internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, Metallarbeiter und Bergleute zwecks gemeinsamer Beratung der Abrüstungsfrage.

Der Internationale Kongress wird am 20. April 1922 und folgende Tage in Rom stattfinden. Diesen Beratungen wird sich ein Internationaler Kongress von Vertretern aller auf dem Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes stehenden internationalen Berufssekretariate anschließen. Des weiteren entspann sich noch eine ausführliche Diskussion über die zunehmende Reaktion und die hiermit zusammenhängende Verfolgung der Arbeiterbewegung. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt. Aus Anlaß der Beurteilung der Arbeiter Sacco und Ban-

Atti in Nordamerika wurde an die American Federation of Labor ein Telegramm gefandt, in dem diese erfucht wird, alles in Bewegung zu setzen, um das Leben der beiden Arbeiter zu retten.

**Zuziehung der Gewerkschaften bei Genehmigung von Ueberstunden.** Veranlaßt durch die vielfachen Veruche, auf dem Wege privater Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern sowie Angestellten die gesetzliche Arbeitszeitregelung zu durchbrechen und andernteils bei den Ueberarbeitsgenehmigungen durch die Gewerbeaufsichtsbeamten nicht ausschließlich nur die Wünsche der Unternehmer zugrunde zu legen, hat der sächsische Arbeitsminister die Gewerbeaufsichtsämter angewiesen, vor Erteilung solcher Genehmigungen neben den gesetzlichen Betriebsvertretungen die in Frage kommende lokale Vertretung der Berufsorganisation der Arbeitnehmer gutachtlich zu hören. Diese Aeußerung ist sodann „auf das Sorgfältigste zu prüfen und bei der Entscheidung möglichst zu beachten. Ueberstunden sind nur in den allerdringendsten Fällen zu bewilligen oder gutzuheißen. In allen zur Kenntnis der Gewerbeaufsicht kommenden Fällen von Gesetzesübertretung durch die Unternehmer ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten. Der Wunsch nach energischer und schneller Betreibung der Angelegenheit ist dabei zum Ausdruck zu bringen“.

**Adressenänderungen.**

- B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
- Bände I. B. B.: H. Herbrechtsmeyer, Bände, Südlager 290. K.: A. Meisterheide, Ennigstoben b. Bände, Bahnstr. 45.
  - Detmold. B.: Schippmann, Lemgoer Str. 87. K.: H. Claus, Egernstr. 8.
  - Freiburg i. Br. B. u. K.: R. Hopf, Löwenstr. 19.
  - Kaufbeuren i. Bay. B.: A. Dauner, Innere Buchseutenstr. 2. K.: F. Schmid, Rempthner Tor 6.
  - Köslin i. Pom. B.: A. Geste, Rosenstr. 10. K.: B. Dresse, Fabrikstr. 42.
  - Langesalta i. Th. B. u. K.: R. Eifel, Löbersgasse 11.
  - Lauban i. Schl. B.: E. Schulz, Weberstr. 6. K.: J. Bühler, Kerzdorf b. Lauban, Marktliaaer Chaussee 15.
  - Mannheim-Ludwigshafen. B.: Fr. Amann, Mannheim, Aliphornstr. 44a bei Schulz. K.: D. Siedel, Mannheim, Schwehinger Str. 128.
  - Nerchau. B.: M. Ibiels, Hauptstr. 4. K.: H. Lorenz, Burzener Str. 12.
  - Soarionis. B. u. K.: E. Bayer, Weistreustraße 16.
  - Sebnitz i. Sa. B.: P. Wolf, Hertigswalde 13 b. Sebnitz. K.: A. Deuner, Sebnitz, Oberrosenberg Nr. 348b.
  - Spremberg. B. u. K.: D. Steinide, Siedlungsbaus 5.

**Abrechnungen**

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 21. November bei der Verbandskasse ein von:

- Gau Nordosten 4000.—; Stettin 5000.—; Lübeck 3911,70; Halberstadt 2000.—; Luckenwalde 4000.—; Neuruppin 700.—; Bände i. B. 1601,13; Kassel 7000.—; Düsseldorf 15 000.—; Münster i. W. 608,90; Gießen-Weimar 1094,65; Mannheim-Ludwigshafen 9000.—; Weihenfels —; Göttingen 6510.—; Gau Nordbayern —; Nürnberg-Fürth 30 000.— Mf.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von Bernau, Köslin, Kottbus, Neudamm, Tilsit, Gau Schlesien (ganzer Gau), Dessau, Osterwied, Lorgau, Minden i. W., Duisburg-Ruhrort, Essen, Merlohn, Mülheim (Ruhr), Bonn, Brünstadt, Hanau, Heidelberg, Birmaiens, Soarionis, Esfurt, Gera, Greiz, Halle a. S., Simeonau, Jena, Koda, Que i. Erzg., Crimmitzschau, Freiberg i. Sa., Glauchau, Oberwiejenenthal, Zwickau, Freiburg i. B., Kirchheim (Tad), Reutlingen.

Wir ersuchen die Verwaltungen dieser Zahlstellen dringend, dafür besorgt zu sein, daß die Abrechnungen nun schnellstens eingelandt werden. Die Gau- und Bezirksleiter sind verpflichtet, auf die säumigen Zahlstellen ihres Bezirks einzuwirken, daß diese sofort ihrer Verpflichtung nachkommen.

Fr. Bender.

**Literarisches.**

Im Verlag von J. H. W. Dieß Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart ist erschienen:

**Das Problem der auswärtigen Politik.** Eine Betrachtung der jetzigen Gefahren und der besten Methoden, ihnen zu begegnen von **Albert Murray**. Nach der Ausgabe für Amerika aus dem Englischen überlegt von **Luise Kautsky**. Mit einem Geleitwort von **Karl Kautsky**. Preis kartoniert 12 Mf.

**Die Technik in der Urzeit und auf primitiven Kulturstufen.** Von **Cewin-Dorich** und **Heinrich Lunow**. In drei kartonierten Bänden 24 Mf. 1. Band: Das Feuer. Der Wohnungsbau. 2. Band: Nahrungsbeschaffung und Ernährung. 3. Band: Entstehung der Waffen. Körper Schmuck. Die Technik der Befleidung.

**Im Strom der Zeit.** Gedichte von **Ernst Preczang**. Vierte, wesentlich vermehrte Auflage. Preis in Gelbheftenband 20 Mf. Von Preczangs Gedichten „Im Strom der Zeit“ sind vor dem Kriege in kurzer Zeit drei starke Auflagen erschienen. Der Erfolg ermunterte den Dichter, jetzt eine vierte Auflage herauszugeben, die er inhaltlich wesentlich vermehrte, so daß eine vollständig neue Sammlung entstanden ist.

**Eklärung.**

Zu der in Nr. 44 der „Buchbinder-Zeitung“ gebrachten Erklärung erhielt die Redaktion von Herrn Ushelm ein Schreiben, in welchem er verlangt, daß auch das Bedauern über die gebrachte Aeußerung an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht werden sollte. Unterzeichnet erklärt dazu, daß dies auch in der Erklärung bereits zum Ausdruck gebracht wurde. Um aber der von Herrn Ushelm gewünschten Form zu genügen, wird es hiermit ausdrücklich nachgeholt.

M. Rempfe.

**ANZEIGEN**

**Zahlstelle Berlin.**

Am Freitag, den 2. Dezember, nachm. 4<sup>1/2</sup> Uhr, **Jugendversammlung** bei Rathmann, Wilhelmstraße 119.

**Tagesordnung:**

1. Betriebsvertretung und Organisation der Jugendblößen.
2. Betriebsangelegenheiten.
3. Berichtes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Die Jugendkommission.

**Der Reichstarif für die Etuis- und Kartonnagen-Industrie** ist wieder vorrätig und durch alle Gau- und Ortsverwaltungen zu beziehen. **Preis des Tarifs 1,25 Mk.**

Jedes Mitglied muß den neuesten Tarif besitzen, wenn es sich vor Nachteil bewahren will.

**Gebrauchte Heftlade**

gelucht. Offerte an **Frühberg-Waag**, Schusterstr. 17.

**Schlagmetall**

Bronze, Eisen, Druckfarben, Gummi arab. Ist. jed. Restposten

Winfers Farbendruckerei, Nr. Schreiberhan i. Wab. finden mit Ausnahme, wenn der Betrag vorher eingelandt ist.

**Werkstätigel**  **Einsichtige!**

Steigert die Finanzkraft eurer Ersparnisse! Erwerbt

# Teilschuldverschreibungen

der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg  
in Etüden zu 500, 1000, 5000 oder 10 000 Mark.

**Verzinsung 5 1/2 Prozent im Jahr.**

Bedruckte Bedingungen sind in allen Consumvereinen zu haben oder abzufordern bei der  
Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, Besenbinderhof 52

**Buchbinder,** geübt in Buchdruckerarbeiten für sofort gelucht. Angebote mit Angabe des Alters an **Hübler & Strödel** Reichenbach i. Vogtl.

**Linierer** gelucht für Färb- & Krominische Maschinen.  
**W. Oldemeyer Nachfl.** Hannover.

**Grüne-Blau-Buchbinder-Färbungen**

Neuer i. erstklassiger Qualität und Farbe zu bezugsfähig an jeder d. Str. für Männer, Gr. 80/100, mit Band Mt. 80.— das Stück. Werkstoffmängel von Mt 130—180

**A. C. Voigt** Berufsfärbefabrikation Stuttgart, Roßstr. 77, Tel. 2355  
Vertagen Sie Musterfärbung. Einzelverkauf nach Nachfrage. Auf der Fachausstellung beim Bundesrat in Weimar wurde die Qualität meiner Fabrikate als vorzüglich anerkannt.